



Neue europäische Freihandelsabkommen: Was sind EPAs?

Die Europäische Union (EU) verhandelt derzeit mit den Staaten in Afrika, der Karibik und der Pazifik-Region (AKP-Staaten) regionale Freihandelsabkommen, die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements, kurz EPAs). Mit den EPAs drohen Ungleichheit und Armut in den Ländern des Südens noch weiter zuzunehmen.

Trotz immer stärker werdender zivilgesellschaftlicher Proteste und massiver Bedenken vieler AKP-Staaten will die Europäische Kommission die EPA-Freihandelsgespräche bis Ende 2007 abschließen. Falls die AKP-Staaten den umfassenden Forderungen nach Liberalisierung nicht nachkommen, hat die EU jedoch ein entscheidendes Druckmittel: sie kann den AKP-Ländern die Entwicklungshilfe kürzen und den Marktzugang für die Exportprodukte der betroffenen Länder wesentlich erschweren. Ziel der EPAs ist es, „reziproke“, d.h. gegenseitige, Handelsabkommen zu schaffen, die auch die AKP-Staaten zur Öffnung

ihrer Märkte für europäische Produkte, Investitionen und Dienstleistungen zwingen. Dass bei den gegenwärtigen EPA-Verhandlungen mit Blick auf die immensen volkswirtschaftlichen Unterschiede der Verhandlungsparteien nicht von „Partnerschaft“ die Rede sein kann, liegt auf der Hand: eine der reichsten Regionen der Welt verhandelt mit 76 AKP-Ländern, die zu den ärmsten Ländern der Welt gehören. Während die EU über die allerneueste Technologie, ein hervorragendes Verkehrswegenetz und überdurchschnittliche Bildungsmöglichkeiten verfügt, gibt es in Afrika, der Karibik und dem pazifischen Raum häufig noch nicht einmal geteerte Strassen oder eine verlässliche Stromversorgung. Hier gleiche Bedingungen beim Handel mit Gütern und Dienstleistungen oder bei der (De-)Regulierung von Investitionen einzufordern, bedeutet, die Lebensgrundlage von Millionen von Menschen zu gefährden. Denn heimische Industrien, lokale Unternehmen und Kleinbauern können der europäischen Konkurrenz in den allermeisten Fällen nicht Stand halten. Zudem werden demokratische Spielräume für eine eigenständige Wirtschafts- und Sozialpolitik in den AKP-Ländern erheblich eingeschränkt.

factsheet 1⁰⁹

1: Was sind EPAs?

- 2: Freihandel
- 3: Landwirtschaft
- 4: Dienstleistungen
- 5: Investitionen
- 6: Geistiges Eigentum
- 7: Weltmarktintegration
- 8: Europäische Konzerne
- 9: Menschenrechte



Christian Aid UK / Martin Gordon

➤ Was wird in den EPAs verhandelt?

Vordergründig geht es der EU darum, die Vorgaben der Welthandelsorganisation (WTO) zu erfüllen und die bisher den AKP-Staaten einseitig gewährten Handelspräferenzen zu beenden. Vor allem die AKP-Staaten wären damit zu einem umfassenden Abbau von Importzöllen gezwungen (s. Factsheet 2). Doch die europäischen Forderungen gehen weit über bestehendes WTO-Recht hinaus: Europäische Dienstleistungskonzerne im Energie-, Finanz- und Tourismussektor würden

① www.attac.de

① www.stopepa.de

① Email: info@attac.de

① Email: post@stopepa.de

① Telefon: 069 / 900 281 -10

Die StopEPA-Kampagne sucht MitstreiterInnen!

Die StopEPA-Kampagne wurde im Jahr 2004 auf Initiative des African Trade Network (ATN) zusammen mit europäischen NGOs ins Leben gerufen. Die Kampagne fordert einen Stopp der Verhandlungen in der gegenwärtigen Form. An Stelle neoliberaler Freihandelsabkommen fordert sie Handelsverträge unter völlig anderem Vorzeichen: Handelsabkommen, die die demokratische Souveränität der AKP-Gesellschaften achten und eine eigenständige, nachhaltige Entwicklungsstrategie ermöglichen. Die Kampagne äußert auch in Deutschland ihren Protest. Die Zeit drängt! Noch sind EPAs zu stoppen und Alternativen zu entwickeln! Mitmachen und Infos unter: www.attac.de oder www.stopepa.de



weitere Möglichkeiten eingeräumt, auf neue Märkte zu expandieren und ihre Investitionen politisch abzusichern (s. Factsheet 4). Darüber hinaus soll auch der Schutz des geistigen Eigentums verschärft werden (s. Factsheet 6). Mit den EPAs wird europäischen Konzernen auch der Zugang zu den Rohstoffen der AKP-Länder geebnet und dazu beigetragen, dass diese die dortigen Produktionsbedingungen nach ihren Interessen gestalten können, ohne im Sinne der Entwicklung des Gastlandes tätig zu sein. Aufgrund des Widerstands eines breiten Bündnisses von Entwicklungsländern konnte die EU in der WTO bisher kein Verbot der Bevorzugung heimischer Unternehmen bei der Vergabe staatlicher Aufträge durchsetzen oder die Regulierungsspielräume für ausländische Direktinvestitionen wesentlich einschränken. Nun versucht die EU jedoch, drei der sogenannten „Singapur-Themen“ (Investitionen, Wettbewerb und öffentliches Beschaffungswesen) bilateral über EPAs durchzusetzen. Mit einer solchen „WTOplus“-Liberalisierung würde eine eigenständige demokratische Steuerung und Umsetzung wirtschaftlicher Entwicklungsstrategien in den AKP-Staaten so gut wie unmöglich gemacht (s. Factsheet 5 und 7).

➤ **Verheerende Konsequenzen für die Menschen und Umwelt**

Die Erfahrungen mit bisherigen Handelsliberalisierungen in den sechs AKP-Regionen zeigt deutlich: die Armut in diesen Ländern ist gestiegen, die soziale Ungleichheit hat drastisch zugenommen. EPAs werden diesen verheerenden Trend

fortsetzen. Ein Großteil der Bevölkerung in diesen Ländern lebt von der Landwirtschaft. Schon jetzt entledigt sich die EU einfach ihrer Überproduktion und zerstört damit die lokalen Märkte für Kleinbauern und Kleinbäuerinnen. Werden die Importzölle weiter gesenkt, verlieren Millionen gänzlich ihre Lebensgrundlage; die jetzt schon dramatische Landflucht wird weiter verstärkt (s. Factsheet 3). Auch die wenigen noch bestehenden Indus-



triebetriebe oder das Kleingewerbe werden der europäischen Konkurrenz nicht standhalten können, es droht eine weitere Deindustrialisierung. Die Liberalisierung ausländischer Direktinvestitionen führt zudem dazu, dass europäische Investoren einerseits nicht schlechter gestellt werden als einheimische Unternehmen, andererseits aber von der Umsetzung nationaler Sozial- und Umweltstandards oder von steuerlichen Pflichten entbunden werden können. Statt internationale Unternehmen stärker in die Pflicht zu nehmen, höhlen Investitionsabkommen also die sozialen und ökologischen Rechte des Gastlandes weiter aus. Die Folge: ausländische Konzerne können für die negativen Sozial- und Umweltfolgen ihrer Tätigkeiten so gut wie nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden. Die Ausweitung

der Urheberrechte und Patente wird den Zugang zu Bildungsmaterialien weiter einschränken und die jahrhundertealte Praxis der Nachzucht von Saatgut gefährden. Die Liste der zu befürchtenden negativen Folgen von EPAs ist lang.

➤ **„Global Europe“ – die Durchsetzung der europäischen Konzernagenda, global und in der EU**

Die Verhandlungen mit den AKP-Staaten sind nur der Beginn für die EU. Weitere bilaterale Freihandelsabkommen mit Schwellenländern und Wachstumsregionen dieser Welt liegen in den Brüsseler Schubladen. Und die EU bekennt in der sogenannten „Global Europe“-Außenwettbewerbsstrategie ganz offen: um von den Ländern dieser Welt Freihandel einfordern zu können, muss auch innerhalb der EU weiter privatisiert und dereguliert werden (s. Factsheet 9). Die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen im Süden und im Norden, der Kahlschlag bei Sozialleistungen und die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen sind durch die Handelsliberalisierungen direkt miteinander verbunden. Arbeitsplätze in Europa und das Europäische Sozialmodell – so soll uns weiß gemacht werden – könnten nur mit dieser aggressiven Freihandelsagenda gesichert werden. Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Die geforderte Steigerung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit dient vor allem den Interessen der europäischen Konzerne. Die Interessen vieler Menschen bleiben demgegenüber auf der Strecke.

Impressum:

August 2007, Redaktion: Frauke Banse (ViSdP) und Klaus Schilder

Spenden an: Attac Trägerverein e.V.

Konto-Nr.: 800 100 800 -

GLS Gemeinschaftsbank -

BLZ 430 609 67 Stichwort: Stop EPAs

oder: Stop EPAs Kampagne:

KOSA e.V., SEB AG - BLZ 380 101 11 -

Ktnr: 1019894500, Kennwort "StopEPA"

Zum Weiterlesen:

* Europa plündert Afrika – Der EU-Freihandel und die EPAs. Attac Basistext, Mai 2007. Zu bestellen unter www.attac.de/service/shop

* Economic Partnership Agreements (EPAs), Responses to the EU Offensive against ACP Developmental Regions. TNI, Mai 2007 www.tni.org/reports/altreg/epas.pdf

* Understanding EPAs. Fact Sheet des South Centre, März 2007. Download unter www.southcentre.org/publications/

Herausgeber: StopEPA-Kampagne und Attac Deutschland

Gefördert von:





EPAs und Freihandel: Irrweg gegenseitige Güterliberalisierung

Seit über 30 Jahren gewährt die Europäische Union (vormals Europäische Gemeinschaft) ihren früheren Kolonien in Afrika, der Karibik und dem pazifischen Raum (den AKP-Staaten) im Rahmen der Lomé- und Cotonou-Verträge einseitige Handelsvergünstigungen. Damit erhielten die AKP-Länder für viele Exporte zollfreien oder mit Sonderquoten ausgetatteten Marktzugang in die EU. Demgegenüber konnten die AKP-Staaten Zölle auf EU-Exporte erheben oder die Einfuhr bestimmter europäischer Produkte völlig unterbinden. Mit diesen nicht-reziproken (=nicht-gegenseitigen) Handelsbeziehungen war es den AKP-Staaten einerseits möglich, ihre lokalen Märkte und einheimischen Produzenten und Produzentinnen vor ausländischer Konkurrenz zu schützen – so wie die EU dies im Agrarbereich bis heute praktiziert. Andererseits bieten Einfuhrzölle für

viele AKP-Staaten bis heute eine sehr wichtige Einnahmequelle. In manchen Ländern machen diese Zolleinnahmen bis zu 40% der Staatseinnahmen aus. Die Lomé-Abkommen trugen in weiten Teilen der Tatsache Rechnung, dass es sich bei der EU und den AKP-Staaten um extrem ungleiche Wirtschaftspartner handelt. Nun will die EU mit den Economic Partnership Agreements (EPAs) regionale Freihandelsabkommen durchsetzen, die die einseitigen Handelspräferenzen beenden und die AKP-Staaten im Zuge der sog. „Reziprozität“ zur Markttöffnung zwingen. Eine Bestimmung der Welthandelsorganisation (WTO), die nicht-reziproke Handelsbeziehungen nur zulässt, wenn sie für alle Entwicklungsländer des gleichen Entwicklungsstandes gleichermaßen gilt, gibt ihr Schützenhilfe: Die WTO erteilte den AKP-Staaten und der EU eine Ausnahmeregelung bis Ende 2007, doch dann müssten die Handelsvergünstigungen WTO-konform gestaltet werden. Die EPAs sehen zwar einen „asymmetrischen“ Abbau von

factsheet 2⁰⁹

1: Was sind EPAs?

2: Freihandel

3: Landwirtschaft

4: Dienstleistungen

5: Investitionen

6: Geistiges Eigentum

7: Weltmarktintegration

8: Europäische Konzerne

9: Menschenrechte



EPAs: through the lens of Kenya, Traidcraft 2005

Handelsbarrieren vor, d.h. die EU wird ihre Grenzen früher als die AKP-Staaten und für annähernd alle Produkte öffnen. Nach einer Übergangsfrist von 12-20 Jahren muss aber nahezu der gesamte gemeinsame Güterhandel (davon 80% auf AKP-Seite) liberalisiert sein. EPAs missachten damit die historische Erfahrung, dass auch die Industrieländer nur hinter Zollgrenzen und durch eine aktive, d.h.

① www.attac.de

① www.stopepa.de

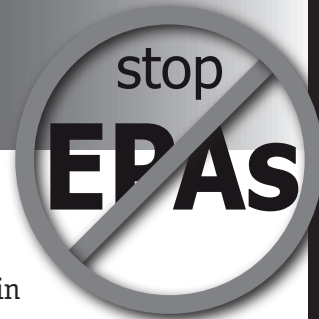
① Email: info@attac.de

① Email: post@stopepa.de

① Telefon: 069 / 900 281 -10

Die StopEPA-Kampagne sucht MitstreiterInnen!

Die StopEPA-Kampagne wurde im Jahr 2004 auf Initiative des African Trade Network (ATN) zusammen mit europäischen NGOs ins Leben gerufen. Die Kampagne fordert einen Stopp der Verhandlungen in der gegenwärtigen Form. An Stelle neoliberaler Freihandelsabkommen fordert sie Handelsverträge unter völlig anderem Vorzeichen: Handelsabkommen, die die demokratische Souveränität der AKP-Gesellschaften achten und eine eigenständige, nachhaltige Entwicklungsstrategie ermöglichen. Die Kampagne äußert auch in Deutschland ihren Protest. Die Zeit drängt! Noch sind EPAs zu stoppen und Alternativen zu entwickeln! Mitmachen und Infos unter: www.attac.de oder www.stopepa.de



diskriminierende, Industriepolitik ihre Wirtschaft entwickelt haben. Wenn EPAs nun eine der führenden Wirtschaftsregionen der Welt auf eine Stufe mit einigen der ärmsten Länder des Globus stellen, hat Entwicklung keine Chance. Wie sollen Volkswirtschaften, die weder über eine kontinuierliche Stromversorgung noch über gute Ausbildungssysteme, geschweige denn über ein verlässliches Transportsystem oder den Zugang zu zinsgünstigen Krediten verfügen, mit den europäischen Hightech-Industrien konkurrieren? Die möglichen Auswirkungen der europäischen Konkurrenz auf die AKP-Staaten sind verheerend, besonders für Kleinbauern und für im Aufbau befindliche Industrien. Durch den zollfreien Zugang oder die Sonderquoten unter den Abkommen von Lomé und Cotonou hatten die AKP-Länder relativ sichere Exportbedingungen hinsichtlich des europäischen Marktes. Die EU droht nun jedoch jenen Staaten, die nicht zu den am wenigsten entwickelten Ländern (Least Developed Countries – LDCs) gehören, dass diese ab dem 01.01.2008 unter das allgemeine Präferenzsystem der WTO fallen. Dies sieht für alle Nicht-LDCs (also auch Länder, die nicht zu den AKP-Staaten gehören) die gleichen Marktzugangsbedingungen vor. Das hieße, dass auf Exporte aus den AKP-Staaten in die EU erheblich höhere Zölle erhoben würden. Viele Länder, u.a. Namibia oder Kenia, befürchten deswegen einen drastischen Rückgang ihrer Exporte in die EU und damit massive Einnahmenverluste – sowohl

für den Staat als auch für die Produzenten. Dabei bieten selbst WTO-Regularien die Möglichkeit, den AKP-Ländern bevorzugte Marktzugänge einzuräumen.

hat sich sogar im Cotonou-Abkommen verpflichtet, jenen Nicht-LDC-Ländern ein alternatives Handelsre-

➤ Was bedeutet die Senkung von Importzöllen?

Beispiel Kenia: Bereits in den 1990er Jahren führte der politische Druck durch den Internationalen Währungsfond (IWF) und die Weltbank im Rahmen der Strukturanpassungsprogramme (SAPs) dazu, dass Kenia seine Zölle von durchschnittlich 30% auf unter 18% senken musste (vgl. Tipps zum Weiterlesen). Aus den negativen Erfahrungen mit der Strukturanpassung lässt sich ableiten, welche Konsequenzen die Öffnung der AKP-Märkte durch EPAs auf die Wirtschaftskraft dieser Länder haben werden. So gab es in Kenia vor der Durchführung der SAPs Industrien z.B. zur Weiterverarbeitung von Zucker oder Milch. Und die Textilindustrie war neben der Regierung der größte Arbeitgeber. Im Zuge der SAPs mussten die Importzölle für – häufig subventionierte – EU-Produkte gesenkt werden, die allermeisten Betriebe mussten schließen. Nachdem wütende Milchbauern eine Molkerei aus Protest gegen die hochsubventionierten Milchpulverimporte aus der EU anzündeten, erhöhte die kenianische Regierung die Importzölle auf Milchprodukte Anfang der 90er Jahre von 35% auf 60%. Seitdem hat sich die Situation der Milchbauern wie auch die der weiterverarbeitenden Industrie wieder erholt. Heute arbeiten mehr als 625.000 Menschen in der Milchwirtschaft, ca. drei Millionen Menschen hängen indirekt davon ab. Würden die Importzölle nun durch EPAs drastisch reduziert, verlören diese Menschen ihre Lebensgrundlage; ähnliches gilt für die Produzenten von Getreide, Reis, Zucker, Mais und Fleisch. Vergleichbares gilt für weite Bereiche von Kenias verarbeitender Industrie: 65% der industriellen Produktion gilt als „nicht konkurrenzfähig“ gegenüber dem scharfen Wettbewerb mit der EU. Hinzu kommt, dass die kenianische Regierung mit dem in den EPAs vorgesehenen Zollabbau zwischen 8% und 12% ihrer Staatseinnahmen verlieren würde – das ist mehr als die jährlichen Ausgaben im Gesundheitssektor.

Bestünde der politische Wille, könnte das bereits für 15 vor allem lateinamerikanische Länder bestehende Allgemeines Präferenzsystem Plus (GSPplus) auf die AKP-Staaten ausgeweitet werden. Damit gäbe es für beinahe alle Produkte aus diesen Ländern einen ähnlichen Marktzugang wie unter dem Cotonou-Abkommen. Die EU

gime anzubieten, die sich außer Stande sehen, ein EPA zu unterzeichnen – und zwar eines das mindestens einen Cotonou-äquivalenten Marktzugang sichert. Würde sich die EU an ihre eigene Verpflichtung halten, entfiel jedoch ihr Hauptargument für den Zeitdruck, ja für die EPAs überhaupt: die Einhaltung der WTO-Vorschriften.

Impressum:

August 2007, Redaktion: Frauke Banse (ViSdP) und Klaus Schilder

Spenden an: Attac Trägerverein e.V.
Konto-Nr.: 800 100 800 -
GLS Gemeinschaftsbank -
BLZ 430 609 67 Stichwort: Stop EPAs
oder: Stop EPAs Kampagne:
KOSA e.V., SEB AG - BLZ 380 101 11 -
Ktnr: 1019894500, Kennwort "StopEPA"

Zum Weiterlesen:

- * EPAs Through the Lens of Kenya, Econews Africa and Traidcraft Exchange, September 2005
- * A Matter of Political Will: How the European Union can maintain market access for African, Caribbean and Pacific countries in the absence of Economic Partnership Agreements. Third World Network, Oxfam International, April 2007

Herausgeber: StopEPA-Kampagne und Attac Deutschland

Gefördert von:





EPAs und Landwirtschaft:

Liberalisierung kontra kleinbäuerliche Landwirtschaft

factsheet 3⁰⁹

- 1: Was sind EPAs?
- 2: Freihandel
- 3: Landwirtschaft
- 4: Dienstleistungen
- 5: Investitionen
- 6: Geistiges Eigentum
- 7: Weltmarktintegration
- 8: Europäische Konzerne
- 9: Menschenrechte

“Entwicklung durch Marktzugang für Agrarprodukte“ - dieses vermeintliche Erfolgsrezept vertritt die Europäische Union und die Bundesregierung in den Verhandlungen über Economic Partnership Agreements (EPAs). Demzufolge soll eine Liberalisierung des Agrarsektors den landwirtschaftlich geprägten Staaten Afrikas, der Karibik und der Pazifikregion (AKP)

neue Marktzugänge öffnen und zu neuen Exportchancen verhelfen. Doch das Rezept der Marktintegration geht so einfach nicht auf: Es stellt nämlich die Bedingung, dass die AKP-Staaten Zölle abbauen, um auch ihre eigenen Märkte für Importe aus aller Welt zu öffnen. Bisher verhindern Zölle und Importquoten in vielen AKP-Staaten den Zustrom von Importwaren um die heimische Landwirtschaft vor Konkurrenz zu schützen (s. Factsheet 2). Der erzwungene Zollabbau hat gerade in der Landwirtschaft fatale Folgen. Schon heute verdrängen subventionierte EU-Exporte auf vielen Märkten die

Erzeugnisse aus eigener Produktion. Neben einer weiteren Liberalisierung hinaus gefährden auch die geplante Liberalisierung von Investitionen, striktere Regelungen für geistige Eigentumsrechte oder die Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesens die Landwirtschaft in den AKP-Staaten.

► Welche Interessen sind im Spiel?

Die EU-Agrarpolitik strebt an, sowohl die eigene Landwirtschaft zu schützen als auch auf den weltweiten Agrarmärkten die Stellung zu halten. Instrumente wie Importzölle und -quoten sowie Agrar(export)subventionen unterstützen diese Ziele. Gleichzeitig haben innereuropäische Beihilfen zu einer landwirtschaftlichen Überproduktion geführt. So wurden mit Hilfe von Exportsubventionen im Jahre 2005 rund 30.000 Tonnen Milchpulver in Nigeria und 57.000 Tonnen Zucker im Senegal abgesetzt und gefährdeten die dortige Milch- und Zuckerwirtschaft (Swedish Board of Agriculture). Gegenüber den AKP-Staaten möchte die EU ihre Position als starker Agrarexporteur weiter ausbauen. Gleichzeitig ist es im

Interesse der EU, ihre Märkte vor afrikanischen Importen zu schützen, die auch innerhalb der EU hergestellt werden. Im Agrarbereich betrifft dies insbesondere Zucker, aber auch Obst und Gemüse, Rindfleisch und Fisch. Für die vier afrikanischen EPA-Regionen ist die EU der bedeutendste Handelspartner. Einige wenige unverarbeitete Agrarprodukte wie Zucker, Bananen, Kaffee, Kakao oder Baumwolle dominieren die Ausfuhrpalette der AKP-Staaten. Durch Preisschwankungen auf den weltweiten Agrarmärkten sind die Länder entsprechend verwundbar. Die bisher gül-



EPAs: through the lens of Kenya, Traidcraft 2005

- ① www.attac.de
- ① www.stopepa.de
- ① Email: info@attac.de
- ① Email: post@stopepa.de
- ① Telefon: 069 / 900 281 -10

Die StopEPA-Kampagne sucht MitstreiterInnen!

Die StopEPA-Kampagne wurde im Jahr 2004 auf Initiative des African Trade Network (ATN) zusammen mit europäischen NGOs ins Leben gerufen. Die Kampagne fordert einen Stopp der Verhandlungen in der gegenwärtigen Form. An Stelle neoliberaler Freihandelsabkommen fordert sie Handelsverträge unter völlig anderem Vorzeichen: Handelsabkommen, die die demokratische Souveränität der AKP-Gesellschaften achten und eine eigenständige, nachhaltige Entwicklungsstrategie ermöglichen. Die Kampagne äußert auch in Deutschland ihren Protest. Die Zeit drängt! Noch sind EPAs zu stoppen und Alternativen zu entwickeln! Mitmachen und Infos unter: www.attac.de oder www.stopepa.de



tigen Lomé-Verträge (s. Factsheet 2) haben zwar nicht zu einer wirtschaftlichen Diversifizierung beigetragen, aber durch ihr System aus Quoten und Handelspräferenzen haben sie immerhin eine verlässliche Handelspolitik garantiert. Ein radikal liberalisierter Agrarhandel würde die Preisschwankungen auf den weltweiten Agrarmärkten direkt an die Landwirte weitergeben – mit verheerenden Konsequenzen, wenn es zum Preisverfall kommt. Die Konkurrenz verschärft sich, in vielen Bereichen wird die interne Konkurrenz unter den AKP-Staaten zunehmen und der zukünftige Handel mit der EU wird sich nur noch für Billigproduzenten lohnen. Leidtragende eines solchen „race to the bottom“ wären Arbeiter z.B. in den Zuckersektoren Kenias und Mauritius'. Mit der Liberalisierung von Investitionen droht unter anderem auch ein Ausverkauf einiger jahrzehntealter Zuckerfabriken, die über die Zuckerverarbeitung hinaus auch Ausbildungsmöglichkeiten und Krankenversorgung gewährleistet haben.

➤ Auswirkungen

In den EPA-Verhandlungen ist häufig die Rede von der Stärkung der „regionalen Integration“ oder von einer „höheren Wertschöpfung“, die durch Handelsliberalisierung erzielt werden könnten. Nichts dergleichen ist realistisch. Es ist zu erwarten, dass die aggressiv vorangetriebene Agrarliberalisierung zum Zusammenbruch vieler Märkte führen wird, da einheimische Produkte nicht mehr konkurrenzfähig sein können. Gleichzeitig drohen zur Zeit für die Selbstversorgung genutzte Flächen für die Exportproduktion geopfert zu werden.

Besonders das europäische Interesse an der Produktion billiger Biotreibstoffe kann sich hier verheerend auswirken. Beides gefährdet die Ernährungssouveränität von Millionen Menschen, denn von der kleinbäuerlichen Landwirtschaft leben bis zu 80% der Bevölkerung in den AKP-Staaten. Ihre Existenz

und an Nachbarn weiterzuverkaufen, das jahrhundertealte „Landwirteprivileg“ wäre faktisch abgeschafft. Gleichzeitig ist zu befürchten, dass die landwirtschaftliche Pflanzenvielfalt, die sog. Agrobiodiversität, rapide sinkt, wenn statt an die örtlichen



wird auch von der Verschärfung des Schutzes geistiger Eigentumsrechte im Saatgutbereich bedroht. Bisher existieren in den meisten AKP-Staaten noch keine Gesetze, die den Nachbau der eigenen Ernte oder den Weiterverkauf wieder aufbereiteten Saatguts verbieten würden. Geht es nach dem Willen der EU, werden EPAs dies ändern. Die AKP-Bauern könnten dann nicht mehr die besten Körner aus ihrer Ernte selektieren, um sie im Folgejahr für die Saat aufzubereiten

Bedingungen angepasster Kulturpflanzen nur wenige Sorten der großen Saatgutkonzerne auf dem Acker dominieren (s. Factsheet 6). Problematisch werden auch die massiven Beschränkungen hinsichtlich des öffentlichen Beschaffungswesens sein. So wird es u.a. durch EPAs nicht mehr möglich sein, lokale landwirtschaftliche Produkte durch öffentliche Aufträge zu fördern.

Impressum:

August 2007, Redaktion: Frauke Banse (ViSdP) und Klaus Schilder

Spenden an: Attac Trägerverein e.V.
Konto-Nr.: 800 100 800 -
GLS Gemeinschaftsbank -
BLZ 430 609 67 Stichwort: Stop EPAs
oder: Stop EPAs Kampagne:
KOSA e.V., SEB AG - BLZ 380 101 11 -
Ktnr: 1019894500, Kennwort "StopEPA"

Zum Weiterlesen:

* EPAs and agricultural sector adjustment needs in Southern Africa, SACAU secretariat & European Research Office (ERO), Dez.06. www.attac.de/epa03.php

* Agriculture and Development in the EPA Negotiations. Swedish Board of Agriculture International Affairs Division (Hrsg.), Dez.06.

www.sjv.se/webdav/files/SJV/trycksaker/Pdf_rapporter/ra06_32E.pdf

Herausgeber: StopEPA-Kampagne und Attac Deutschland

Gefördert von:





Neue Märkte für europäische Dienstleistungen

Der Dienstleistungssektor ist eine wichtige Grundlage für Beschäftigung und Einkommen in Entwicklungsländern, oft bedeutender als die Industrie oder Landwirtschaft. Im Jahr 2002 trug die Dienstleistungswirtschaft im Durchschnitt 49% des Bruttoinlandsproduktes in Entwicklungsländern bei. Öffentliche Grunddienstleistungen stellen zudem die Basisversorgung der Bevölkerung mit Bildung, Wasser oder Gesundheit sicher. In den laufenden Verhandlungen über Economic Partnership Agreements (EPAs) drängt die EU nun die Staaten Afrikas, der Karibik und des pazifischen Raums (AKP-Staaten) zu weitreichenden Dienstleistungsliberalisierungen. In Übereinstimmung mit der neuen EU-Außenwettbewerbsstrategie „Global Europe“ ist es Ziel der EU, für europäische Dienstleistungsunternehmen neue Märkte zu erschließen, auch wenn die EU eine offensive Agenda in den

EPA-Verhandlungen bislang abstreitet. Auf den profitablen Märkten Afrikas drängt die EU auf Investitionsbedingungen, die ihrer Dienstleistungsindustrie nützlich sind.

Ende 2006 hat die EU den EPA-Verhandlungsgruppen ein Modellabkommen zur Dienstleistungsliberalisierung vorgeschlagen, in dem sie Forderungen für den grenzüberschreitenden Handel mit Dienstleistungen mit dem verbesserten Zugang für ausländische Direktinvestitionen koppelt. Die europäischen Vorschläge reichen weit über das WTO-Dienstleistungsabkommen GATS (General Agreement on Trade in Services) hinaus; sie fordern von den AKP-Staaten, wesentlich mehr Sektoren zu öffnen als im Rahmen von GATS. Eine umfassende Deregulierung und die Übernahme neuer Verpflichtungen ins nationale Recht sind die Folge. Damit will die EU den AKP-Staaten noch vor Abschluss der GATS-Verhandlungen weitreichende sog. „WTO-plus“-Zugeständnisse abringen. Die WTO-Vorgaben für Freihandelszonen sehen jedoch nur eine Regelung

factsheet 4⁰⁹

- 1: Was sind EPAs?
- 2: Freihandel
- 3: Landwirtschaft
- 4: **Dienstleistungen**
- 5: Investitionen
- 6: Geistiges Eigentum
- 7: Weltmarktintegration
- 8: Europäische Konzerne
- 9: Menschenrechte

für den Güterhandel vor (s. Factsheet 2). Und auch das Cotonou-Abkommen macht weitere Liberalisierungen im Dienstleistungssektor von den Erfahrungen mit den multilateralen WTO-Verpflichtungen der AKP-Staaten abhängig.

➤ Breite EU-Liberalisierungsforderungen

Sollten sich die EU und die AKP-Staaten auf Verhandlungen für ein Dienstleistungskapitel einigen, müssten die AKP-Staaten einen Großteil ihrer Dienstleis-



① www.attac.de

① www.stopepa.de

① Email: info@attac.de

① Email: post@stopepa.de

① Telefon: 069 / 900 281 -10

Die StopEPA-Kampagne sucht MitstreiterInnen!

Die StopEPA-Kampagne wurde im Jahr 2004 auf Initiative des African Trade Network (ATN) zusammen mit europäischen NGOs ins Leben gerufen. Die Kampagne fordert einen Stopp der Verhandlungen in der gegenwärtigen Form. An Stelle neoliberaler Freihandelsabkommen fordert sie Handelsverträge unter völlig anderem Vorzeichen: Handelsabkommen, die die demokratische Souveränität der AKP-Gesellschaften achten und eine eigenständige, nachhaltige Entwicklungsstrategie ermöglichen. Die Kampagne äußert auch in Deutschland ihren Protest. Die Zeit drängt! Noch sind EPAs zu stoppen und Alternativen zu entwickeln! Mitmachen und Infos unter: www.attac.de oder www.stopepa.de



tungssektoren liberalisieren und dürften hier nicht gegen europäische Anbieter diskriminieren. Denn für den Fall, dass regionale Freihandelsabkommen auch den Dienstleistungssektor einschließen, schreibt Art. 5 des GATS eine umfassende Liberalisierung eines Großteils der Sektoren vor. Auch wenn Art. 5 einige entwicklungspolitische Klauseln enthält, ist der Druck der EU zu bilateralen Zugeständnissen in den für sie wichtigen Bereichen Telekommunikation, Finanz- und Postdienstleistungen, Informationstechnologien und Seeverkehr enorm. Zudem würde den AKP-Staaten die Möglichkeit genommen, öffentliche Dienstleister, z.B. im Bereich der Wasser- oder Gesundheitsversorgung, zu bevorzugen. Damit steigt die Wahrscheinlichkeit, dass diese öffentlichen Güter privatisiert und weite Teile der Bevölkerung von dieser essentiellen Versorgung abgeschnitten werden. Problematisch wäre unter anderem auch die Liberalisierung des Groß- und Einzelhandels. In den meisten AKP-Ländern sind dies noch überwiegend Klein- und Familienbetriebe, oft in der informellen Ökonomie. Die Öffnung für EU-Supermarktketten würde sie starker Konkurrenz gerade bei kaufkräftigeren städtischen Kunden aussetzen, so dass ein deutlicher Rückgang der Beschäftigung zu befürchten ist. Wenn EU-Supermärkte einen bedeutenden Anteil am Inlandsmarkt der AKP Länder erhalten, bedeutet das auch Gefahren für die Kleinbauern: Sie haben große Probleme, die von den Konzernen geforderten Standards einzuhalten, bzw. dies zu dokumentieren. Die Supermärkte

werden eher Importware anbieten oder im Inland von größeren Produzenten kaufen. Kleinbauern werden so auch vom Inlandsmarkt verdrängt.

► Einschränkung staatlicher Handlungsfähigkeit

Eine Schlüsselforderung der EU ist die nach der sogenannten „Inländerbehandlung“, also der Gleichstellung der EU-Firmen mit einheimischen Unternehmen. Einige der bereits zwischen der EU und AKP-Staaten bestehenden bilateralen Investitionsabkommen sehen eine staatliche Bevorzugung für kleine und mittelständische Unternehmen vor; in den EPAs



fehlen diese Instrumente bislang. Darüber hinaus würden die EU-Forderungen dazu führen, dass die AKP-Regierungen die Zahl und Größe der ausländischen Investoren in den Dienstleistungssektoren nicht regulieren könnten, keine wirtschaftliche Notwendigkeitsprüfung vornehmen könnten, die Konkurrenz in schwachen Sektoren nicht beschränken und keine Regulierungen zur Förderung der Beschäftigung lokaler Arbeiter erlassen dürften. Zudem würde das Recht zur Beteiligung – und damit zur Kontrolle – ausländischer Unternehmen gestrichen werden. Insbesondere im Finanzsektor

fordert die EU stärkere Einschränkungen nationaler Souveränität als es das GATS-Abkommen zulässt. Schließlich würde auch die staatliche Kontrolle über die Kapitalzu- und -abflüsse liberalisiert. Ausländischen Investoren wäre es also vermehrt möglich, Kapitalerträge an den heimischen Steuerbehörden vorbei ins Ausland zu transferieren. Dies senkt nicht nur die Steuereinnahmen und damit die zur Verfügung stehenden Mittel für Bildung, Gesundheit oder Infrastruktur; es birgt auch die Gefahr der wirtschaftlichen Instabilität bis hin zu einer Finanzkrise. Mit einer Liberalisierung des Bankensektors ist zudem die Wahrscheinlichkeit groß, dass sich Finanzinstitute aus den ländlichen Gebieten zurückziehen und keine zinsgünstigen Kleinkredite mehr vergeben werden. Unterm Strich widersprechen die europäischen Liberalisierungsforderungen im Dienstleistungssektor einer sorgfältig abgestimmten und durch entwicklungspolitische Maßnahmen begleiteten Entwicklung des Sektors diametral. Auf die regulatorischen und verwaltungstechnischen Fähigkeiten der AKP-Staaten wird keine Rücksicht genommen und die politischen Handlungsspielräume werden weiter eingengt. Anstatt also einseitig auf den Schutz liberalisierter EU-Dienstleistungen zu schauen, müssen Investoren im Dienstleistungsbereich in den AKP-Staaten gezielt verpflichtet werden, ökologisch und sozial nachhaltige Strukturen zu unterstützen. Die EPAs erfüllen diesen Anspruch keineswegs.

Impressum:

August 2007, Redaktion: Frauke Banse (ViSdP) und Klaus Schilder

Spenden an: Attac Trägerverein e.V.
Konto-Nr.: 800 100 800 -
GLS Gemeinschaftsbank -
BLZ 430 609 67 Stichwort: Stop EPAs
oder: Stop EPAs Kampagne:
KOSA e.V., SEB AG - BLZ 380 101 11 -
Ktnr: 1019894500, Kennwort "StopEPA"

Zum Weiterlesen:

- * The problems with services in EPAs. SOMO, Juni 2007. Im Internet unter www.somo.nl/html/paginas/pdf/EPA_Paper_services.ENpdf.pdf
- * The risks and dangers of liberalisation of services in Africa under EPAs. SOMO, September 2006. Im Internet unter www.somo.nl/html/paginas/pdf/EPA_paper_risks_2006_NL.pdf

Herausgeber: StopEPA-Kampagne und Attac Deutschland

Gefördert von:





Investitionen in den EPAs - zu wessen Nutzen?

Die Europäische Union propagiert ausländische Direktinvestitionen als eine der zentralen Lösungen für die Entwicklungsprobleme der Staaten Afrikas, der Karibik und des pazifischen Raums (AKP). Die Liberalisierung und der Schutz ausländischer Investitionen im Rahmen von Economic Partnership Agreements (EPAs) sollen dazu beitragen, dass mehr Investitionen aus dem Ausland angelockt werden. Obwohl ausländische Investoren theoretisch zu Wachstum, vor allem aber zu Beschäftigung beitragen können, zeigen viele Studien, dass ausländische Direktinvestitionen vielfach verheerende soziale und ökologische Folgen nach sich ziehen. Dies gilt vor allem für den Bergbau, die Plantagenwirtschaft, den Tourismus sowie bei der Privatisierung öffentlicher Dienste. Auf Grund des Interesses am Rohstoffabbau und der Ausdehnung europäischer Dienstleistungsunternehmen (s.

Factsheet 5) fordert die Europäische Union in den EPAs eine weitreichende Liberalisierung von Investitionstätigkeiten. Damit versucht die EU, ein Abkommen zu Investitionen mit den AKP-Staaten abzuschließen, dessen Form dieselben Staaten innerhalb der WTO abgelehnt haben.

Die EU präsentierte ihre Forderungen zur Liberalisierung und zum Schutz ausländischer Investitionen in einem EPA-Modellvertrag „Niederlassung, Dienstleistungen und elektronischer Handel“ (s. Factsheet 5). Alle wesentlichen Wirtschaftssektoren in den AKP-Staaten, darunter so zentrale Bereiche wie Landwirtschaft, Industrieproduktion und Bergbau, sollen demnach für europäische Investitionen geöffnet werden. Der Modellvertrag sieht zudem vor, dass ausländische Investoren generell mit inländischen gleichgestellt werden. Damit würde es den AKP-Ländern nicht mehr möglich sein, gezielt kleinere und einheimische Unternehmen gegenüber transnationalen Konzernen zu fördern und so eine eigenständige

factsheet 5⁰⁹

- 1: Was sind EPAs?
- 2: Freihandel
- 3: Landwirtschaft
- 4: Dienstleistungen
- 5: Investitionen**
- 6: Geistiges Eigentum
- 7: Weltmarktintegration
- 8: Europäische Konzerne
- 9: Menschenrechte

EPAs: through the lens of Kenya, Traidcraft 2005



Wirtschaftspolitik zu betreiben. Da von einer Mindestbeteiligung nationaler Unternehmen oder auch des Staates abgesehen werden soll, kann das betroffene Land vollständige Übernahmen einheimischer Firmen durch europäische Investoren kaum mehr verhindern. Darüber hinaus wird die öffentliche Aufsichtsfunktion beschränkt. Dies bedeutet, dass die Kontrolle über das Unternehmensverhalten z.B. im Hinblick auf soziale oder ökologische Aspekte noch weiter eingeschränkt wird. Zudem soll

① www.attac.de

① www.stopepa.de

① Email: info@attac.de

① Email: post@stopepa.de

① Telefon: 069 / 900 281 -10

Die StopEPA-Kampagne sucht MitstreiterInnen!

Die StopEPA-Kampagne wurde im Jahr 2004 auf Initiative des African Trade Network (ATN) zusammen mit europäischen NGOs ins Leben gerufen. Die Kampagne fordert einen Stopp der Verhandlungen in der gegenwärtigen Form. An Stelle neoliberaler Freihandelsabkommen fordert sie Handelsverträge unter völlig anderem Vorzeichen: Handelsabkommen, die die demokratische Souveränität der AKP-Gesellschaften achten und eine eigenständige, nachhaltige Entwicklungsstrategie ermöglichen. Die Kampagne äußert auch in Deutschland ihren Protest. Die Zeit drängt! Noch sind EPAs zu stoppen und Alternativen zu entwickeln! Mitmachen und Infos unter: www.attac.de oder www.stopepa.de



darauf verzichtet werden, dass es bei bevorstehenden Investitionen zu einer Abschätzung der potentiellen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Konsequenzen kommt. Dies bedeutet letztendlich, dass es den AKP-Staaten erschwert wird, Umwelt- und Sozialstandards festzulegen – mit verheerenden Auswirkungen auf Menschen und ihre Umwelt. Zusätzlich versucht die EU, in einem weiteren Investitionskapitel größere Freiheiten für den Kapitalverkehr durchzusetzen. Dieses eröffnet ausländischen Investoren die Möglichkeit, Kapitalerträge an den heimischen Steuerbehörden vorbei ins Ausland zu transferieren. Der Kapitalabfluss senkt nicht nur die für Bildung, Gesundheit oder Infrastruktur zur Verfügung stehenden Steuermittel, er birgt auch die Gefahr der wirtschaftlichen Instabilität bis hin zu einer Finanzkrise. In Bezug auf Investitionen gestand die EU in den EPA-Verhandlungen bisher einzig eines zu: In der Präambel der EPAs soll ein Absatz darauf aufmerksam machen, dass Investitionsanreize nicht dazu führen dürfen, nationale Sozial- und Umweltstandards abzusenken. Da diese Präambel keine Rechtsverbindlichkeit erhält, werden die Probleme aber nicht überwunden, sondern lediglich beschönigt.

► **Beispiel: Tourismus in der Karibik**

In den Karibik-Staaten zieht der Tourismus, der durchschnittlich etwa 15% des Bruttoinlandsprodukts der Länder erwirtschaftet, den Großteil der ausländischen Investitionen an. Auf Barbados hat der eindrucksvolle Zustrom

ausländischer Mittel jedoch kaum zu einer höheren Qualität der Investitionen geführt. Im Gegenteil, der Nutzen für die einheimische Wirtschaft ist durch Steuervermeidung und öffentliche Steuergeschenke sehr beschränkt. Es fehlte eine Anbindung der „Enklaven-Ökonomien“ an die lokale Wirtschaft; ein Großteil der im Tourismus-Sektor Beschäftigten ist nach wie vor ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Unterm Strich, so stellte die OECD fest, führe die Konkurrenz verschiedener Entwicklungsländer in der Karibik durch die Absenkung bestehender Umwelt- und Sozialstandards zu einem „race to the bottom“: Regierungen unterbieten sich bei der Anwerbung von Investoren anstatt regional abgestimmte Regelungen zur Investitionslenkung zu schaffen. Zusätzliche Steuerbefreiungen ermöglichen den Firmen Gewinnrückführungen ohne die Zahlung

vorgelegt, der sich am Investitions-Modellabkommen des International Institute for Sustainable Development (IISD) orientiert. Der IISD-Entwurf entwickelt nachhaltige und faire Investitionsregeln, die die Rechte und Pflichten ausländischer Investoren gleichgewichtig behandeln. Dieses wird jedoch von der EU abgelehnt. Dabei war eine restriktive Investitionspolitik in der Vergangenheit durchaus erfolgreich: In Chile verlangt ein Gesetz seit Anfang der 1980er Jahre von den Investoren, einheimische Produktionsvorstufen zu verwenden und die Palette der Exportprodukte zu erweitern. Und in Indien wurden westliche Automobilhersteller dazu aufgefordert, Partnerschaften mit einheimischen Zulieferern zu suchen. Anstatt also einseitig auf den Schutz liberalisierter Investitionen zu



von Steuern. Die Verhandlungsvorschläge der AKP-Seite dagegen umfassen neben der Festlegung der Investorenrechte auch eine genauere Definition der Pflichten. Der Pazifik hat dazu einen besonders weitreichenden Vorschlag

schaufen, müssen Investoren in den AKP-Staaten gezielt verpflichtet werden, ökologisch und sozial nachhaltige Strukturen zu unterstützen. Die EPAs erfüllen diesen Anspruch keineswegs.

Impressum:

August 2007, Redaktion: Frauke Banse (ViSdP) und Klaus Schilder

Spenden an: Attac Trägerverein e.V.
Konto-Nr.: 800 100 800 -
GLS Gemeinschaftsbank -
BLZ 430 609 67 Stichwort: Stop EPAs
oder: Stop EPAs Kampagne:
KOSA e.V., SEB AG - BLZ 380 101 11 -
Ktnr: 1019894500, Kennwort "StopEPA"

Zum Weiterlesen:

- * EPAs and Investment. Studie von ChristianAid, AIPAD Trust, CPDC, Enda und Seatini, Oktober 2006. Hier noch die Internet-Links??
- * Investitionspolitik für nachhaltige Entwicklung – der Vorschlag eines ‚Model International Agreement on Investment for Sustainable Development. Studie von WEED, April 2007.

Herausgeber: StopEPA-Kampagne und Attac Deutschland

Gefördert von:





EPAs und geistiges Eigentum:

Von Wissen und Macht

Ist Wissen ein freies Gut? Oder ist Wissen eine kommerziell handelbare Ware – knapp, kostbar und kopiergeschützt? Die zahlreichen Initiativen der EU, Rechte auf geistiges Eigentum durchzusetzen – und wenn möglich zu verschärfen – folgen klar der Warenlogik. Neben der WTO, den G8-Gipfeln und der Weltorganisation zum Schutz geistigen Eigentums (WIPO) bilden die Verhandlungen zu den Economic Partnership Agreements (EPAs) ein neues Forum, um einen weitreichenden Schutz geistiger Eigentumsrechte voranzutreiben.

► Konflikte um geistige Eigentumsrechte

„Geistige Eigentumsrechte“ beziehen sich auf den Schutz von Informationen, von Designs und von „wissenschaftlichem Wissen“, also dem Wissen um technische, medizinische und biotechnologische Erfindungen. In der EU oder den USA sorgen Patente, Marken- und Urheberrechte sowie Gebrauchsmuster dafür, dass Wissen und Informationen nur gegen Zahlung von Lizenzgebühren kommerziell genutzt werden können. In zahlreichen Staaten der Welt, so auch in einigen der AKP-Staaten, existiert jedoch kein Patentrecht, sodass hier die Nutzung von patentierten Produkten uneingeschränkt möglich ist – jedenfalls sofern die technische Infrastruktur zur Verfügung steht. Aus der Perspektive der EU sind die dort herge-

stellten Kopien „Produktpiraterie“, die es mit allen Mitteln zu verhindern gilt – sei es durch Rechtsmittel, durch wirtschaftliche Sanktionen oder durch schärfere polizeiliche Kontrollen. In der Rede von der „Produktpiraterie“ drückt sich jedoch eine sehr einseitige Sichtweise auf den Umgang mit Wissen und Technik aus. Tatsächlich sind Patente ein sehr restriktives Instrument, um andere von der Nutzung von Informationen auszuschließen und den eigenen Profit zu maximieren: So versperren Patente auf Medikamente Millionen von Menschen den Zugang zu lebenswichtigen Arzneien und behindern die Produktion von günstigen Generika. Auf Druck der WTO können schon seit 2005 indische Generika-Firmen ihre Praxis, neue Arzneimittel zu erschwinglichen Preisen anzubieten, nicht mehr fortsetzen. Patente auf Saatgut gefährden die Existenz von Kleinbauern und -bäuerinnen, weil Saatgut über die Lizenzgebühren zunehmend teurer werden wird. In Zukunft könnten gar – wie das in Deutschland bereits der Fall ist – Lizenzgebühren für den Nachbau aus der eigenen Ernte anfallen. Software-Patente und Urheberrechte schließlich verhindern die freie Nutzung von Informationstechnologien und tragen z.B. dazu bei, dass Schulbücher nicht vervielfältigt werden können.

► Die Durchsetzung geistiger Eigentumsrechte in den EPAs

In den EPA-Verhandlungen setzt die EU einerseits darauf, Mindeststandards für geistige Eigentumsrechte durchzusetzen, die im Rahmen der WTO schon bestehen. Diese sind im TRIPS-Abkommen (= Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights) festgehalten. TRIPS sieht u.a. die Einführung eines nationalen Patentrechts vor, das auch die Patentierung von Leben – von pflanzlichen und tierischen Genen

factsheet 6⁰⁹

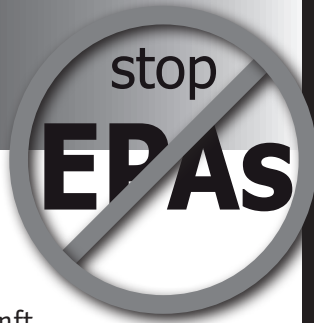
- 1: Was sind EPAs?
- 2: Freihandel
- 3: Landwirtschaft
- 4: Dienstleistungen
- 5: Investitionen
- 6: Geistiges Eigentum**
- 7: Weltmarktintegration
- 8: Europäische Konzerne



- ① www.attac.de
- ① www.stopepa.de
- ① Email: info@attac.de
- ① Email: post@stopepa.de
- ① Telefon: 069 / 900 281 -10

Die StopEPA-Kampagne sucht MitstreiterInnen!

Die StopEPA-Kampagne wurde im Jahr 2004 auf Initiative des African Trade Network (ATN) zusammen mit europäischen NGOs ins Leben gerufen. Die Kampagne fordert einen Stopp der Verhandlungen in der gegenwärtigen Form. An Stelle neoliberaler Freihandelsabkommen fordert sie Handelsverträge unter völlig anderem Vorzeichen: Handelsabkommen, die die demokratische Souveränität der AKP-Gesellschaften achten und eine eigenständige, nachhaltige Entwicklungsstrategie ermöglichen. Die Kampagne äußert auch in Deutschland ihren Protest. Die Zeit drängt! Noch sind EPAs zu stoppen und Alternativen zu entwickeln! Mitmachen und Infos unter: www.attac.de oder www.stopepa.de



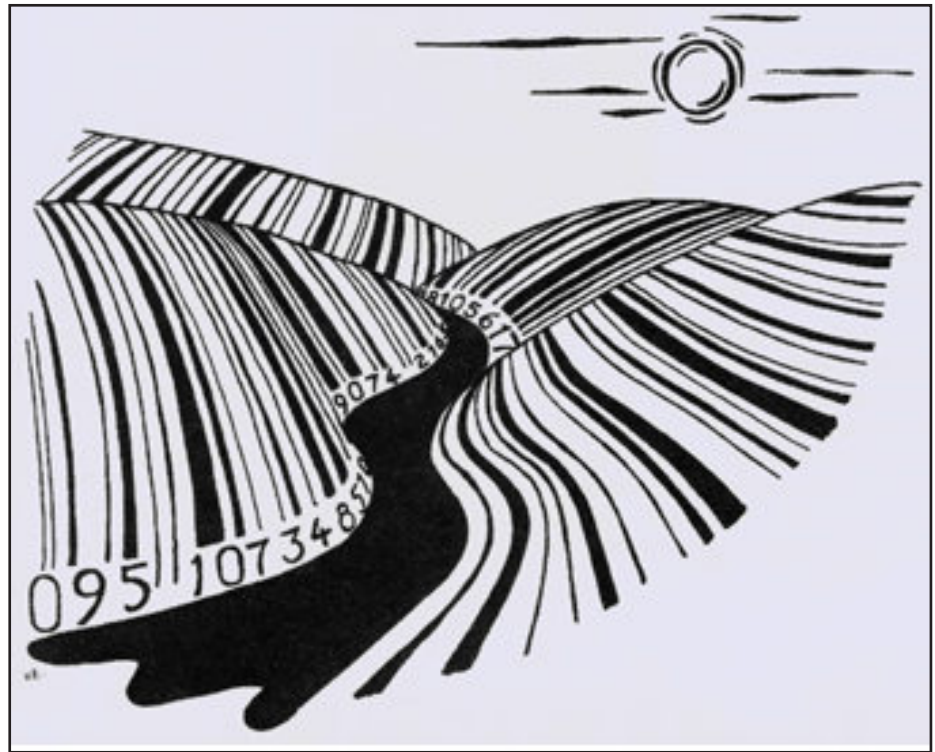
erlauben würde. TRIPS ist in vielen AKP-Staaten noch nicht umgesetzt. 27 AKP-Staaten sind sowohl Least Developed Countries wie auch WTO-Mitglieder – sie müssen erst bis 2013 die Standards der WTO erfüllen.. Weitere 21 AKP-Staaten sind gar nicht Mitglied der WTO und sind daher bisher von den Konflikten um geistige Eigentumsrechte nicht betroffen. All diese Staaten sehen sich nun erhöhtem politischem Druck ausgeliefert, ohne die Kapazität zu haben, sich in komplexe juristische Verhandlungen einzubringen.

Die Pläne der EU gehen jedoch noch weit über die WTO-Standards hinaus: So sehen Empfehlungen der EU-Kommission vor, flexible Regelungen der WTO, die beispielsweise das Kopieren von Lehrmaterialien gestattet haben, ersatzlos zu streichen. Da etwa in Mali ein Schulbuch 5% des durchschnittlichen Jahreseinkommens kosten kann, wird Bildung damit zu einem Privileg für reiche Eliten.

Existenz bedrohend wirkt sich die Verschärfung geistiger Eigentumsrechte in der Landwirtschaft aus. Die EPAs sehen vor, das jahrhundertealte „Landwirteprivileg“ einzuschränken. Kommt es zu einer solchen Einschränkung, wäre es den Bauern verboten, aus der eigenen Ernte aufbereitetes Saatgut an Nachbarn weiterzuverkaufen, es mit nur geringfügigen Veränderungen weiterzuzüchten, zu tauschen oder für den Eigengebrauch wieder auszusäen – sofern sie das Ursprungsmaterial von Saatgutunternehmen erworben haben. Bei einem Einkommen von nur einem oder zwei US-Dollar am Tag kann sich zudem kein Bauer die zunehmenden Lizenzgebühren leisten. Die Folge: EPAs setzen die Existenz von

vielen Millionen Bauern aufs Spiel. Die Kommerzialisierung von Saatgut ist aber auch eine Gefahr für die biologische Vielfalt: Wenn nur noch wenige kommerzielle Sorten angebaut werden, verschwinden jahrtausendealte, regional angepasste Sorten. Landwirtschaft wird dadurch krisenanfälliger, während die Natur verarmt. Zu befürchten ist zudem,

existierende Informationen lediglich sammeln, könnte mit Hilfe der EPAs durch Unternehmen in Zukunft verhindert werden. Ein Beispiel ist das ghanaische Environmental Information Network, das Ministeriumsmitarbeitern, Umweltorganisationen oder Wissenschaftlern geogra-



dass der Schutz biologischer Vielfalt durch die EPAs aufgeweicht wird, und Biopiraterie, d.h. die Aneignung pflanzengenetischer Ressourcen dadurch vereinfacht wird.

Ein weiterer kritischer Punkt betrifft geistige Eigentumsrechte im Bereich der Informationstechnologien. Eine Weiterverbreitung und -entwicklung von Software mit Hilfe des Quellcodes, also des Codes auf dem ein Computerprogramm basiert, wird mit den EPAs erheblich erschwert. Originalsoftware ist jedoch unerschwinglich. Auch der Zugang zu öffentlichen Datenbanken, die

fische, technologische und andere wissenschaftliche Informationen zur Verfügung stellt. Hier zeigt sich, dass das von der EU häufig vorgeschobene Argument, geistige Eigentumsrechte dienen als Schlüssel für Technologietransfer, nicht tragfähig ist. Tatsächlich werden Forschung und Entwicklung dadurch kommerzialisiert, der Zugang zu Wissen und seine Weiterentwicklung wesentlich erschwert und das Abhängigkeitsverhältnis gegenüber Industriekonzerne verschärft.

Impressum:

August 2007, Redaktion: Frauke Banse (ViSdP) und Klaus Schilder

Spenden an: Attac Trägerverein e.V.

Konto-Nr.: 800 100 800 -

GLS Gemeinschaftsbank -

BLZ 430 609 67 Stichwort: Stop EPAs

oder: Stop EPAs Kampagne:

KOSA e.V., SEB AG - BLZ 380 101 11 -

Ktnr: 1019894500, Kennwort "StopEPA"

Zum Weiterlesen:

* Out of Africa: Mysteries of Access and Benefit Sharing, Jay McGown, Edmonds Institute in cooperation with African Centre for Biosafety, 2006, www.edmonds-institute.org/outofafrica.pdf

* The Problem of intellectual property in Economic Partnership..., CIEL, Mai 2007 www.ciel.org/Publications/EPA_Synthesis_4June07.pdf

Herausgeber: StopEPA-Kampagne und Attac Deutschland

Gefördert von:

Rewegungs-
stiftung
Anstöße für soziale Bewegungen



EPAs und Weltmarktintegration- zu Lasten des regionalen Handels

Ein erklärtes Ziel der anvisierten Economic Partnership Agreements (EPAs) ist die Förderung der regionalen Wirtschaftsintegration in Afrika, der Karibik und dem pazifischen Raum (den AKP-Staaten). Denn der Handel zwischen Nachbarstaaten und ihre wirtschaftliche Integration kann die regionale Entwicklung auf nachhaltige Weise voranbringen.

Es besteht jedoch Uneinigkeit hinsichtlich der Art der Integration und des Wegs dorthin. Während die EU regionale Integration als Zwischenschritt für eine schnelle Integration in den Weltmarkt sieht und dabei primär auf Exportorientierung und eine rasche und umfassende Liberalisierung von Handel, Dienstleistungen und anderen Bereichen setzt, gibt es in den AKP-Staaten ein grundsätzlich anderes Konzept von regionaler Integration. Sie bevorzugen ein schrittweises, den unterschiedlichen Entwicklungsstufen der Länder angemessenes Vorgehen.

Regionale Integration bedeutet für sie zuerst aufeinander aufbauende regionale Wirtschaftskoooperation, beispielsweise bei der

Stärkung der Produktionskapazitäten und der Infrastrukturentwicklung, sowie eine Harmonisierung des Handelsrechts in den Mitgliedsstaaten. Zeichnen sich die gewünschten Entwicklungseffekte ab,

können weitere Schritte zur Liberalisierung zeitnah erfolgen.

In Afrika gab es bereits lange vor den EPA-Verhandlungen eine Reihe von Ländergruppen, die sich zu Handelsblöcken zusammengeschlossen haben. Nur einige Beispiele: Die Wirtschafts- und Entwicklungsgemeinschaft im Südlichen Afrika (SADC) besteht bereits seit 1980 und strebt an, eine Freihandelszone einzurichten. Der Maputo-Entwicklungskorridor hat durch den Ausbau der Haupthandelsrouten zwischen Südafrika und Mosambik den Handel intensiviert und Kooperationen in den Bereichen Landwirtschaft, Industrie, Kommunikation und Tourismus angestoßen und damit den gesamten intra-regionalen Handel gestärkt. Die COMESA (Gemeinsamer Markt für das östliche und südliche Afrika), ein weiterer Handelsverbund in der Region, unterstützt eine Entwicklungsbank und fördert den Aufbau von Banken und Versicherungen. Die EAC (Ostafrikanische Gemeinschaft) hat sich sogar auf einen Zeitplan für eine volle politische Integration im Rahmen einer Föderation geeinigt. Und in der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS gibt es inzwischen eine Zollunion, eine gemeinsame Währung wird angestrebt. EPAs werden diese langsamen, aber im Grundsatz nachhaltigeren Entwicklungs- und Integrationsprozesse wesentlich erschweren. Die Behauptung der Europäischen Kommission, dass EPAs regionale Integrationsprozesse in Afrika unterstützen, basiert auf einer Reihe falscher Annahmen:

➤ Nr 1: „EPAs werden intra-regionalen Handel unterstützen“:

Für einen entwicklungsfördernden intra-regionalen Handel ist zentral, dass sich die Ökonomien „diversifizieren“. Das heißt unter anderem, dass

factsheet 7⁰⁹

- 1: Was sind EPAs?
- 2: Freihandel
- 3: Landwirtschaft
- 4: Dienstleistungen
- 5: Investitionen
- 6: Geistiges Eigentum
- 7: Weltmarktintegration**
- 8: Europäische Konzerne
- 9: Menschenrechte



Christian Aid UK / Martin Gordon

Die StopEPA-Kampagne sucht MitstreiterInnen!

Die Stop EPA-Kampagne wurde im Jahr 2004 auf Initiative des African Trade Network (ATN) zusammen mit europäischen NGOs ins Leben gerufen. Die Kampagne fordert einen Stopp der Verhandlungen in der gegenwärtigen Form. An Stelle neoliberaler Freihandelsabkommen fordert sie Handelsverträge unter völlig anderem Vorzeichen: Handelsabkommen, die die demokratische Souveränität der AKP-Gesellschaften achten und eine eigenständige, nachhaltige Entwicklungsstrategie ermöglichen. Die Kampagne äußert auch in Deutschland ihren Protest. Die Zeit drängt! Noch sind EPAs zu stoppen und Alternativen zu entwickeln! Mitmachen und Infos unter: www.attac.de oder www.stopepa.de

① www.attac.de

① www.stopepa.de

① Email: info@attac.de

① Email: post@stopepa.de

① Telefon: 069 / 900 281 -10



sich die Palette der gehandelten Produkte vergrößert. Dies gilt für Rohstoffe oder landwirtschaftliche Erzeugnisse, insbesondere aber für weiterverarbeitete Produkte. Eine weiterverarbeitende Industrie trägt zur Stabilisierung von Ökonomien bei und bietet wesentlich mehr Arbeitsplätze als beispielsweise die einer maschinellen Rohstoffförderung. Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Südafrika, das im Januar 2000 in Kraft trat gilt als EPA-Vorläufer. Die Erfahrungen mit dem Abkommen zeigen: es ist nicht zu der angestrebten Diversifizierung von weiterverarbeiteten Produkten für den regionalen Markt im südlichen Afrika gekommen (vgl. Tipps zum Weiterlesen). Für Kenia wird vorausgesagt, dass das EPA zu einem 15%igen Rückgang des Außenhandels mit seinen Nachbarländern führen würde, da die EU dann verstärkt mit ihren Produkten auf die Märkte drängen würde. Weiterverarbeitete Produkte wären davon besonders betroffen. Folge: Kenia wäre weiter stark vom Export unverarbeiteter Rohstoffe abhängig.

► **Nr. 2: „EPAs werden die Investitionen bringen, die wesentlich für die regionale Integration Afrikas sind“**

EPA-Modellszenarien gehen von einem Absinken der Investitionen seitens Unternehmen aus benachbarten Staaten aus. So befürchtet die SADC-Region beispielsweise, dass ein EPA-Investitionsabkommen (s. Factsheet 5) zu einer Verdrängung regionaler Investoren führen und regionale Integration damit unterminieren würde.

Zusätzlich zeigen die Erfahrungen aus Südafrika, dass nach Unterzeichnung des Freihandelsabkommens mit der EU der Zufluss von ausländischen Direktinvestitionen nach Südafrika gering ist. Investitionen in Südafrika konzentrieren sich auf den Bereich der extraktiven, also rohstofffördernden Industrien und weniger auf die verarbeitende Industrie. Dabei stellt Südafrika als einziges Schwellenland in Subsahara-Afrika mit seiner Wirtschaftskraft eine Ausnahme dar. Es ist zu erwarten, dass ausländische Unternehmen in anderen afrikanischen Ländern

► **Nr. 3: „EPAs werden durch ausreichende Finanzmittel die regionale Integration unterstützen“**

Um die regionale Integration Afrikas zu unterstützen sind in der Tat erhebliche finanzielle Mittel erforderlich. Die Europäische Kommission wendet jedoch Rechenricks an, um zu verdecken, dass die bisher geplanten Mittel bei weitem nicht ausreichen. So sollen z.B. bereits für die Bereiche Gesundheit und Bildung bewilligte Gelder einfach umgewidmet werden. Dringend benötigte



fast ausschließlich im Rohstoffsektor investieren werden. So entstehen keine diversifizierten, weiterverarbeitenden Kleinindustrien, die ihre Produkte auch in die Nachbarländer exportieren und damit zur regionalen Integration beitragen könnten.

EU-Entwicklungsgelder für die Stärkung sozialer Grunddienste sowie den Aufbau regionaler Strukturen, die im Rahmen gegenwärtiger regionaler Entwicklungsprogramme zugesagt waren, werden so reduziert.

Impressum:

August 2007, Redaktion: Frauke Banse (ViSdP) und Klaus Schilder

Spenden an: Attac Trägerverein e.V.

Konto-Nr.: 800 100 800 -

GLS Gemeinschaftsbank -

BLZ 430 609 67 Stichwort: Stop EPAs

oder: Stop EPAs Kampagne:

KOSA e.V., SEB AG - BLZ 380 101 11 -

Ktnr: 1019894500, Kennwort "StopEPA"

Zum Weiterlesen:

* Economic Partnership Agreements: Building or shattering African regional Integration?, Traidcraft Exchange. Mai 2007. www.stopepa.de/material.html

* Economic Partnership Agreements (EPAs), TNI, May 2007, www.tni.org

* Polarisierung durch Freihandel: Eine Zwischenbilanz des Handelsabkommens der EU mit Südafrika. KOSA, 2006. www.kosa.org/formulare/publikat.html

Herausgeber: StopEPA-Kampagne und Attac Deutschland

Gefördert von:





EPAs im Interesse der europäischen Konzerne

Den Rahmen für den europaweiten Sozialabbau, die Liberalisierungs- und Deregulierungsprozesse bietet die sogenannte „Lissabon-Strategie“ aus dem Jahr 2000, derzufolge die EU bis 2010 der wettbewerbsfähigste und dynamischste Wirtschaftsraum der Welt werden soll. Die Strategie setzt explizit auch auf den Abschluss

einer Vielzahl von regionalen Freihandelsabkommen mit Entwicklungs- und Schwellenländern, darunter die sog. Economic Partnership Agreements (EPAs).

Der amtierende Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, erklärte die Lissabon-Strategie zum höchsten Ziel seiner Kommission. Stellvertreter bei der Koordination des Vorhabens ist Industrie-Kommissar Günter Verheugen. Bei einer Anhörung des EU-Parlaments zur Lissabon-Strategie führte er aus, dass die Kommission sämtliche Instrumente einsetzen werde, um

allen Unternehmen günstige Rahmenbedingungen zu gewährleisten, damit diese auf dem Weltmarkt mithalten können. Von großer Bedeutung dabei ist die EU-Handelspolitik, die in der „exklusiven Kompetenz“ der EU-Kommission liegt.

Im Oktober 2006 stellte EU-Handelskommissar Peter Mandelson eine neue EU-Handelsstrategie mit dem Titel »Global Europe – Competing in the World« vor. Hier enthüllt die EU ihre Pläne zur Steigerung der externen Wettbewerbsfähigkeit: dazu gehören die Sicherung der Rohstoffversorgung, eine stärkere Präsenz europäischer Unternehmen auf den Wachstumsmärkten, Erschließung und Liberalisierung der lukrativen Märkte für staatliche Aufträge sowie die Beseitigung aller „nicht-tarifären Handelshemmnisse“, darunter Umwelt- und Arbeitsrechtsstandards und andere restriktive gesetzgeberische Maßnahmen, die den freien Handel behindern. Darüber hinaus signalisiert die EU die vermehrte Nutzung des WTO-Streitschlichtungsverfahrens,

um die europäischen Wirtschaftsinteressen gegenüber Drittstaaten durchzusetzen.

Drei Monate vor der Bekanntgabe der „Global Europe“-Strategie veröffentlichte die Bundesregierung ihr Positionspapier „Globalisierung gestalten: Externe Wettbewerbsfähigkeit der EU steigern – Wachstum und Arbeitsplätze in Europa sichern“. Dort heißt es, „dass eines der Hauptanliegen der künftigen EU-Handelspolitik sein muss, für europäische Dienstleister die Marktzugangsbedingungen in Drittländern, insbesondere

factsheet 8⁰⁹

- 1: Was sind EPAs?
- 2: Freihandel
- 3: Landwirtschaft
- 4: Dienstleistungen
- 5: Investitionen
- 6: Geistiges Eigentum
- 7: Weltmarktintegration
- 8: Europäische Konzerne**
- 9: Menschenrechte



① www.attac.de

① www.stopepa.de

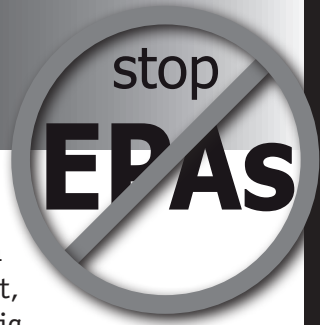
① Email: info@attac.de

① Email: post@stopepa.de

① Telefon: 069 / 900 281 -10

Die StopEPA-Kampagne sucht MitstreiterInnen!

Die StopEPA-Kampagne wurde im Jahr 2004 auf Initiative des African Trade Network (ATN) zusammen mit europäischen NGOs ins Leben gerufen. Die Kampagne fordert einen Stopp der Verhandlungen in der gegenwärtigen Form. An Stelle neoliberaler Freihandelsabkommen fordert sie Handelsverträge unter völlig anderem Vorzeichen: Handelsabkommen, die die demokratische Souveränität der AKP-Gesellschaften achten und eine eigenständige, nachhaltige Entwicklungsstrategie ermöglichen. Die Kampagne äußert auch in Deutschland ihren Protest. Die Zeit drängt! Noch sind EPAs zu stoppen und Alternativen zu entwickeln! Mitmachen und Infos unter: www.attac.de oder www.stopepa.de



den aufstrebenden Schwellenländern, zu verbessern.“ Mit dem Plädoyer für eine selektive Liberalisierung der öffentlichen Beschaffungsmärkte, also des staatlichen Auftragswesens, gegenüber den Ländern, die bislang dazu nicht bereit waren, drängt auch die Bundesregierung die EU zu noch weitreichenderer Öffnung. Nutznießer von mehr „Wettbewerb“ und offenen Märkten sind allen voran die transnationalen Konzerne, die seit Jahren immer höhere „Rekordgewinne“ einfahren. Konzernvertreter, organisiert in mächtigen Brüsseler Lobbyverbänden, gestalten die EU-Politik auf informelle, aber höchst effektive Weise aktiv mit. So empfahl der Industrie-Dachverband European Round Table of Industrialists (ERT) der EU-Kommission bereits 1993, eine Europäische Wettbewerbskommission ins Leben zu rufen, die die „Wettbewerbsfähigkeit“ zur höchsten Priorität macht. Der Erfolg dieses Appells war durchschlagend. 1995 berief der ehemalige EU-Kommissionspräsident Jacques Santer ein prominentes Beratergremium zur Wettbewerbsfähigkeit ein, dem neben Industrievertretern Gewerkschafter, Bankmanager, Akademiker und Politiker angehörten. Diese informelle Gruppe hat die Lissabon-Strategie maßgeblich konzipiert. Deren Verabschiedung feierte der ERT als Erfolg der eigenen Lobby-Anstrengungen: „Auf der einen Seite reduzieren wir Macht und Einfluss des Staates und des öffentlichen Sektors durch Privatisierung und Deregulierung. Auf

der anderen Seite transferieren wir viel von der Macht der Nationalstaaten hin zu einer international ausgerichteten Struktur auf europäischer Ebene. Die europäische Integration entwickelt sich und hilft internationalen Industrien wie unserer.“ 2002 wurde der Europäische Rat für Wettbewerbsfähigkeit gegründet. Während der deutschen Ratspräsidentschaft kamen im April 2007 die für den europäischen Binnenmarkt zuständigen Minister und Ministerinnen der 27 EU-Mitgliedsstaaten mit Vertretern

markt zu stärken“. Die neoliberale Ideologie, die hinter den Lissabon-Zielen steckt, ist nicht nur nachteilig für die Bevölkerungen der EU-Mitgliedsstaaten, sondern ist es auch besonders für die Menschen in den AKP-Staaten. Nur drei Monate nach Verabschiedung der Lissabon-Strategie wurde im Juni 2000 das Cotonou-Abkommen zwischen der EU und ihren 78 assoziierten AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) unterzeichnet, in dessen Rahmen heute die EPAs verhandelt



der Industrie zum informellen Rat für Wettbewerbsfähigkeit zusammen und „begräftigten ihre Entschlossenheit, die Umsetzung der Lissabon-Agenda voranzutreiben und den europäischen Binnen-

werden. Ernährungssouveränität und Ansätze einer nachhaltigen und eigenständigen Entwicklung werden damit auf dem Altar der Freihandelsideologie geopfert.

Impressum:

August 2007, Redaktion: Frauke Banse (ViSdP) und Klaus Schilder

Spenden an: Attac Trägerverein e.V.

Konto-Nr.: 800 100 800 -
GLS Gemeinschaftsbank -
BLZ 430 609 67 Stichwort: Stop EPAs
oder: Stop EPAs Kampagne:
KOSA e.V., SEB AG - BLZ 380 101 11 -
Ktnr: 1019894500, Kennwort "StopEPA"

Zum Weiterlesen:

* Die neuen Ziele der EU-Handelspolitik – Mehr Einfluss für Konzerne.

Eine Analyse von 11.11.11, EED und WEED, Oktober 2006.

www.weed-online.org/296323.html

* Europa plündert Afrika – Der EU-Freihandel und die EPAs. Attac Basistext, Mai 2007. Zu bestellen unter www.attac.de/shop

Herausgeber: StopEPA-Kampagne und Attac Deutschland

Gefördert von:





Menschenrechtsverstöße mit den EPAs

➤ Menschenrechtsverpflichtungen und Handel

Wenn Staaten der EU und die Staaten Afrikas, der Karibik und des pazifischen Raums (AKP-Staaten) Freihandelsabkommen wie die Economic Partnership Agreements (EPAs) unterzeichnen, verpflichten sie sich zu weitreichenden wirtschafts- und sozialpolitische Maßnahmen. Gleichzeitig sind sie aber an Verpflichtungen aus Menschenrechtsabkommen gebunden. Menschenrechtsbestimmungen sind in Afrika in den meisten Staaten Teil der Verfassung. Alle Staaten, die an den EPA-Verhandlungen beteiligt sind, haben die „Afrikanische Charta der Menschenrechte und der Rechte der Völker“ unterzeichnet und die meisten sind Mitunterzeichner des „Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“ und des „Internationalen Paktes über bürgerliche und politische Rechte“. Beide internationalen

Konventionen gelten auch für die EU-Mitgliedsstaaten und für die Europäische Kommission insgesamt. Dementsprechend sind alle EPA-Verhandlungsteilnehmer verpflichtet, die Menschenrechte zu achten, zu schützen und einzuhalten. Diese Verpflichtungen können weder in den Verhandlungen noch beim Abschluss oder bei der Umsetzung eines internationalen Handelsabkommens beiseite geschoben werden

➤ EPAs und Menschenrechtsverletzungen

Wie andere bilaterale Handelsvereinbarungen und die Abkommen der Welthandelsorganisation WTO sind EPAs Teil einer umfassenden Freihandelsagenda (s. Factsheet 2 und 8). Während die Liberalisierung von Handel in einigen Fällen zu Wirtschaftswachstum geführt hat, hat sie den Zugang von Millionen Menschen zu grundlegenden Menschenrechten wie Nahrung, Arbeit, Gesundheit und Selbstbestimmung massiv erschwert oder ganz verhindert.

➤ Recht auf Nahrung

Das Recht auf Nahrung gilt dann als verwirklicht, wenn jeder Mensch allein oder zusammen mit anderen, jederzeit physischen und wirtschaftlichen Zugang zu angemessener Ernährung oder Mitteln zu ihrer Beschaffung hat. Verletzungen des Rechts auf Nahrung umfassen die Benachteiligung im Zugang zu Nahrung, mangelnde staatliche Regulierungen, um Drittanbieter zu steuern, sowie die Nichtbeachtung des Rechts auf Nahrung bei Vertragsabschlüssen mit anderen Staaten. EPAs würden eine deutliche

factsheet 9⁰⁹

- 1: Was sind EPAs?
- 2: Freihandel
- 3: Landwirtschaft
- 4: Dienstleistungen
- 5: Investitionen
- 6: Geistiges Eigentum
- 7: Weltmarktintegration
- 8: Europäische Konzerne
- 9: Menschenrechte



① www.attac.de

① www.stopepa.de

① Email: info@attac.de

① Email: post@stopepa.de

① Telefon: 069 / 900 281 -10

Die StopEPA-Kampagne sucht MitstreiterInnen!

Die StopEPA-Kampagne wurde im Jahr 2004 auf Initiative des African Trade Network (ATN) zusammen mit europäischen NGOs ins Leben gerufen. Die Kampagne fordert einen Stopp der Verhandlungen in der gegenwärtigen Form. An Stelle neoliberaler Freihandelsabkommen fordert sie Handelsverträge unter völlig anderem Vorzeichen: Handelsabkommen, die die demokratische Souveränität der AKP-Gesellschaften achten und eine eigenständige, nachhaltige Entwicklungsstrategie ermöglichen. Die Kampagne äußert auch in Deutschland ihren Protest. Die Zeit drängt! Noch sind EPAs zu stoppen und Alternativen zu entwickeln! Mitmachen und Infos unter: www.attac.de oder www.stopepa.de



Liberalisierung des afrikanischen Landwirtschaftssektors erfordern. Das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte benennt mögliche negative Auswirkungen auf das Recht auf Nahrung, die durch eine Liberalisierung im Agrarhandel entstehen können:

- die Konzentration in der Landwirtschaft durch Zusammenlegung von Farmen würde die Arbeitslosigkeit für zahlreiche Landarbeiter bedeuten
- Importe führten zur Verdrängung von lokalen Nahrungsangeboten, was die Verfügbarkeit, den Zugang und die Nachhaltigkeit beeinträchtigt
- negative Handelsbilanzen ergäben sich für Länder, die als Nettoimporteure von Lebensmitteln vom Export eines Rohstoffs abhängig sind
- und größere Preisschwankungen beeinflussten die Verfügbarkeit und den Zugang zu Nahrung negativ.

➤ Recht auf Arbeit

Das Recht auf Arbeit schließt das Recht zu arbeiten, die freie Wahl des Arbeitsplatzes, das Recht auf angemessene und befriedigende Arbeitsbedingungen und den Schutz gegen Arbeitslosigkeit ein. Über 60% der Menschen in Sub-Sahara-Afrika leben von der Landwirtschaft, und die Einfuhr von höchst subventionierten europäischen Agrarerzeugnissen hat bereits jetzt ihre Verdienstmöglichkeiten geschwächt. Ein Freihandelsabkommen mit der EU wird sich nicht ernsthaft auf Europas Subventionspolitik auswirken; folglich wird auf den lokalen

und regionalen Märkten ein noch größerer Strom von billigen Importen den Wettbewerb mit Afrikas Kleinbauern aufnehmen. Afrikas Industriearbeiter werden ebenfalls gezwungen sein, mit Europas etablierter und subventionierter Industrie in den Wettbewerb zu treten. Afrikas Arbeiter haben in der Vergangenheit Erfahrung mit Wirtschaftsliberalisierung gesammelt. Kenia allein hat in der Lederindustrie 80 000 Arbeitsplätze verloren und musste den Zusammenbruch seiner Textilindustrie und Baumwollwirtschaft erleben.

➤ Recht auf Gesundheit

Das Recht auf Gesundheit erfordert die Schaffung eines Gesundheitssystems, das für alle den gleichen Zugang zu Gesundheitseinrichtungen vorsieht, um so den höchst möglichen Gesundheitsstandard aller zu verwirklichen. Große Gefahr bei der Liberalisierung der Gesundheitsdienste (und anderer Grunddienste wie z.B. Wasserversorgung und Abwasserentsorgung) besteht darin, dass weite Teile der Bevölkerung nicht mehr mit diesen lebenswichtigen Diensten versorgt sind, da viele Menschen zu arm sind, um Profit zu garantieren. Ferner werden die AKP-Regierungen durch den Verlust von Einfuhrzöllen auf europäische Waren einen erheblichen Betrag an Staatseinnahmen verlieren. Damit fehlen wichtige Haushaltsmittel, um soziale Unterstützungsprogramme und die Gesundheitsfürsorge zu finanzieren. Zudem wird jede Region für sich über geistige Eigentumsrechte verhandeln. Es besteht die Gefahr, dass EPAs

Bestimmungen einschließen könnten, die das Angebot von billigeren Generika, also nachgemachten Medikamenten, auf den AKP-Märkten verhindern.

➤ Recht auf Selbstbestimmung

Das Recht auf Selbstbestimmung beinhaltet das Recht einer jeden Gesellschaft, frei über ihren politischen Status zu entscheiden und in Freiheit ihre wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung zu gestalten.

Die Unterzeichnung der EPAs birgt das große Risiko, dass Afrika an Vertragsbedingungen gefesselt ist, bei denen die Regierungen der AKP-Staaten nicht mehr das politische und wirtschaftliche Handwerkszeug für wirtschafts- und sozialpolitische Entscheidungen haben.

➤ Frauenrechte

Frauen in Afrika produzieren 80% der Nahrungsmittel und sind von jedem Schritt des Veränderungsprozesses betroffen. In Anbetracht der bedeutsamen Rolle, die Frauen in der afrikanischen Landwirtschaft spielen, werden sich EPAs auf sie besonders stark auswirken. Wirtschaftsliberalisierungen waren für Frauen auch in der Vergangenheit mit anwachsenden Schwierigkeiten bei der Vergabe von Krediten oder beim Zugang zu Land verbunden. EPAs drohen diese Trends zu verstärken; gleichzeitig werden Frauen noch zusätzlich belastet, wenn die sinkenden Staatseinnahmen zur Einschränkung von Einrichtungen sozialer Dienste führen.

Impressum:

August 2007, Redaktion: Frauke Banse (ViSdP) und Klaus Schilder

Spenden an: Attac Trägerverein e.V.
Konto-Nr.: 800 100 800 -
GLS Gemeinschaftsbank -
BLZ 430 609 67 Stichwort: Stop EPAs
oder: Stop EPAs Kampagne:
KOSA e.V., SEB AG - BLZ 380 101 11 -
Ktnr: 1019894500, Kennwort "StopEPA"

Zum Weiterlesen:

- *A Row to Hoe - The gender impact of trade liberalization on our food system, agricultural markets and women's human rights. Alexandra Spieldoch, Institute for Agriculture and Trade Policy - IATP, 2007, www.igtn.org/page/721/1
- *Economic Partnership Agreements (EPAs) and Human Rights. FIDH, Juni 2007 www.fidh.org/IMG/pdf/APE_final_engjuin2007.pdf

Herausgeber: StopEPA-Kampagne und Attac Deutschland

Gefördert von:

